

## Haushaltsrede 2025

Sehr geehrte Bürgermeisterin Rist, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer,

im dritten Jahr in Folge beklagen wir und ich in meiner Haushaltsrede die finanzielle Entwicklung der Kommunen und im Besonderen die Entwicklung des Haushalts der Stadt Tettang.

„Es darf kein weiter so geben!“ war das Credo der letztjährigen Haushaltsreden. Die Entwicklung bzw. der aktuelle Haushaltsentwurf zeigen leider, das Gegenteil ist der Fall. Schiefelage und Fehlentwicklung haben erheblich zugenommen.

Um es direkt vorweg zu nehmen, die Fraktion der Freien Wähler/FDP werden dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen!

Warum tun wir dies? Es sind im aktuellen Entwurf rote Linien überschritten, die aus unserer Sicht eine Zustimmung unmöglich machen.

Der Haushalt ist vor allem durch reines Sparen nicht zu retten, wir haben ein massives strukturelles Problem im laufenden Haushalt. Der Haushalt kann nicht mehr ausgeglichen werden und somit natürlich auch nichts mehr zu unseren Investitionen beitragen.

Der entscheidende Unterschied zu den Vorjahren ist, dass der Haushaltsentwurf, hätte man ihn nach gleichen Maßstäben wie in den Vorjahren erstellt, schon heute nach unserer Einschätzung nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Die mittelfristige Planung bis 2028 endet in einem Zahlenwerk das zum 31.12.2028 überhaupt keinen Spielraum mehr lässt, alle Reserven wären dann aufgebraucht!

Überdies liegen erhebliche Risiken im aktuellen Entwurf, hierzu folgende Stichworte:

- eine sehr moderat geplante Lohnkostenentwicklung
- das Realisieren von Reserven bei den Personalkosten
- ein eher optimistischer Ansatz bei der Gewerbesteuer
- die Aufnahme von Darlehen mit tilgungsfreien Anfangsjahren
- die voraussichtliche Entwicklung der Kreisumlage

Ein wesentlicher Kritikpunkt am aktuellen Haushaltsentwurf ist, das Ausklammern bzw. Verschieben des Stellenplans, der nach unserer Auffassung zwingend Bestandteil der Haushaltsberatungen sein muss. Die Personalkosten sind der zweitgrößte Posten im Haushalt und gleichzeitig der mit weitem Abstand sich am dynamischsten nach oben entwickelnde Kostenblock. Dieses Thema einfach auszublenden und zu verschieben halten wir im Vorgehen für nicht tragbar.

Ablehnung, weil durch Sparen der Haushalt nicht auszugleichen ist, was meinen wir damit. Unsere Fraktion hat sich wie in den Vorjahren, natürlich auch mit den Projektlisten beschäftigt und Vorschläge zu Einsparungen bzw. Verschiebungen gemacht. Das Hauptproblem sehen wir aber im laufenden Haushalt, der nicht mehr ausgeglichen werden kann und damit laufende Kosten, wie zu Beispiel Personalkosten schlussendlich mit Krediten finanziert werden müssten. Dass dieses Vorgehen auf Dauer nicht gut geht, ist wohl unstrittig. Die Aufgabenflut und die Standards im öffentlichen Bereich passen nicht mehr zum Finanzierungsmodell der Kommunen!

Die **Einnahmen** steigen von Jahr zu Jahr, um es konkret zu machen, die Einnahmen haben sich in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt und sind mit rund 73 Mio. € so hoch wie noch nie zuvor, wir haben definitiv kein Einnahmenproblem!

Deshalb widerspreche ich schon an dieser Stelle dem Ruf nach Steuererhöhung!

Wir müssen erkennen, dass die rasante Entwicklung in den vergangenen Jahren bei Bürokratie, Aufgaben und Standards nicht mehr leistbar ist und zwar in zweierlei Hinsicht: Finanziell nicht leistbar, aber auch personell nicht mehr leistbar, wir werden schlicht und ergreifend die notwendigen Mitarbeiter dafür nicht mehr finden.

Lassen Sie mich zu diesen Themen ein paar konkrete Beispiele machen:

Beginnen wir mit dem Thema Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Vom Gesetzgeber vor langer Zeit versprochen, der Rechtsanspruch gilt ab 2026, bis heute gibt es kein verbindliches Konzept bzw. Vorgaben, wie die Kommunen die Umsetzung genau realisieren sollen, geschweige denn ein solides Finanzierungskonzept. Es wurde zunächst ein Landesfördertopf eingerichtet der nur einen Bruchteil der Kosten abgedeckt hätte. Die darauffolgende Antragsflut der Kommunen wurde gestoppt. Neue Idee: das wenige Geld wird verlost: was für eine absurde Vorgehensweise. Nur zur Erinnerung, es geht um die Bildung unserer Kinder. Nachdem die Entrüstung über diese Idee zu laut wurde, hat man sie wieder zurückgezogen. Allein die Kommunen wissen immer noch nicht, wie sie die ihr übertragenen Aufgaben finanzieren sollen!

In den Projektlisten des Haushalts finden sich nun Kosten, um Schulgebäude zu ertüchtigen, nach welchem Konzept? Die entstehenden notwendigen Personalkosten ab 2026 sind im Übrigen noch gar nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Vergleichen wir doch mal das Prozedere, eines ehrenamtlichen Kuchenverkaufs für eine Schulklasse oder einen Verein, heute und vor 20 Jahren, die meisten von Ihnen wissen, worauf ich hinauswill. Ganz davon

abgesehen, dass sich dieses Bürokratiemonster kaum mehr ein Ehrenamtlicher antut, müssen eben alle Anträge und Genehmigungen bearbeitet und erstellt werden. Ich frage mich, wie viele Menschen sind in den Jahrzehnten zuvor, als es diese Regelungen noch nicht gab, durch „wilden“ Kuchenverkauf zu Schaden gekommen? Zugegeben ein kleines Problem, aber für mich so beispielhaft für viele andere Dinge, die in der Summe in unseren Verwaltungen Mitarbeiterkapazität in erheblichem Maße binden.

Wer in den letzten Monaten das Verfahren um den Waldrandabstand und die entsprechenden Baumhöhen beim Bebauungsplan Jahnstraße Nord verfolgt hat, muss sich doch mal die Frage stellen: Mit welchem unglaublichem Aufwand wurde für Mensch und Natur welches Ergebnis bzw. welcher Nutzen erzielt. Es wäre sicherlich sehr erschreckend zu wissen, wie viele Verwaltungsarbeitsstunden alleine in diesem Vorgang stecken.

Erschließung Nahwärmezentrale: die übergeordneten Behörden verlangen eine Linksabbiegerspur für den Anlieferverkehr. 500 Meter weiter existiert ein ausreichend groß dimensionierter Kreisverkehr, an dem problemlos gewendet werden und danach rechts abgebogen werden kann. Kostenpunkt der aus unserer Sicht völlig unnötigen Baumaßnahme: 550.000 Euro!

Am Rande sei erwähnt, dass wir gerade beim Umbau der Bushaltestellen diese wieder zurück auf die Straße verlegen, warum das beim Bus so sein muss und bei Anliefer-LKW genau nicht sein darf, erschließt sich mir nicht.

Querungshilfe Schäferhof-Domänenstraße: der Gemeinderat hat einer, aus unserer Sicht, vernünftigen Querungshilfe, also einer Verkehrsinsel zugestimmt. Schauen wir uns aktuell die ausufernden Bauarbeiten mit Pflanz- und Grünstreifen, die jetzt auch dauerhaft unterhalten werden müssen, an. Die gesetzlichen Standards für solche Projekte stehen in keinem Verhältnis mehr. Kosten: 240.000!

Thema Kinderbetreuung, ein uns sehr wichtiges und zentrales Thema, dass aber inzwischen eines der größten finanziellen Einzelposten im städtischen Haushalt ist. Schaut man sich die Zunahme der Kinderzahlen im Vergleich zum Anstieg der Kosten an, läuft diese Schere in den letzten Jahren erschreckend auseinander. Betreuungsschlüssel, Standards und Dokumentationspflichten führen zu immer höherem Mitarbeiterereinsatz. Die sogenannte Zeit am Kind wird immer weniger. Hier will ich noch etwas tiefer ins Detail einsteigen. Derzeit wird in allen Einrichtungen das Kinderschutzkonzept umgesetzt. Wir bitten hiermit dieses

Projekt einmal im Gemeinderat vorzustellen, ich glaube nämlich, die meisten von uns haben keine richtige Vorstellung davon, welchen Umfang und welche Regelungen dieses Projekt beinhaltet und welche enormen Personalkapazitäten dafür nötig sind. Auch hier muss Aufwand und Nutzen gegenübergestellt werden. Vielfach ist nach meiner Einschätzung die Sinnhaftigkeit in der Praxis zu hinterfragen.

Jährliche Unterweisungen: auch so ein Thema. Da werden inzwischen hauptsächlich in Onlineschulungen im Jahresrhythmus zu den verschiedensten Themen, wie zum Beispiel Datenschutz, Programme durchlaufen, um alle formalen Anforderungen zu erfüllen. Die Mehrheit der Betroffenen hat, so glaube ich, eine klare Meinung dazu. Die jährlich dafür aufgewendete Arbeitszeit dürfte erheblich sein.

Über das Bürokratiemonster Klimaschutzkonzept habe ich mich ja bereits in der letzten Sitzung geäußert. Was hätten wir mit dieser Mitarbeiterkapazität alles erledigen können.

Noch ein Satz zum Klimaschutz: wir erstellen ein Klimaschutzkonzept, machen einen kommunalen Wärmeplan und was weiß ich noch alles. Wir investieren aber auch erhebliche Beträge in ein Nahwärmenetz, das einen echten und gewaltigen Effekt bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung bringen würde. Leider geht nichts voran, weil seit über einem Jahr auf einen Stempel unter einem Förderbescheid aus Berlin gewartet wird! Das ist ein echter Skandal und ich frage mich, warum lassen wir uns so etwas gefallen?

Stichwort europäische Ausschreibung: Ausschreibungen für öffentliche Auftragsvergaben sind so komplex geworden, dass praktisch nur noch externe Fachbüros diese erstellen können. In vielen Fällen stehen die Kosten hierfür in keinem Verhältnis zum Auftragswert.

Unsere Forderung lautet: Durch Abbau von überbordender Bürokratie personelle Ressourcen schaffen und somit finanzielle Spielräume wiedererlangen!

Die Staatsquote kann nicht beliebig gesteigert werden!

Natürlich können in einer Haushaltsrede oben genannte Dinge nur gestreift werden und kommen dadurch auch sicherlich etwas populistisch daher, aber wir möchten der Verwaltung unser ehrlich gemeintes Angebot machen, gemeinsam an und gegen diese Entwicklungen zu arbeiten. Sind es doch weit über 90 Prozent Vorgaben, Verordnungen und Gesetze, die auf unserer untersten, kommunalen Ebene nicht direkt zu lösen sind.

Die Kommunen aber müssen die Suppe auslöffeln. Liegt es nicht in unserer politischen Verantwortung, einer so klaren Fehlentwicklung entgegen zu treten und entschlossen zu sagen, wir gehen diesen falschen Weg nicht mit. Wir, der Städtetag und viele andere, beklagen diese Fehlentwicklung schon zu lange. Der Zeitpunkt, den Druck deutlich zu erhöhen, ist unserer Meinung nach überfällig. Wie soll sich Kommunalpolitik denn wehren? Gehen wir Fehlentwicklungen mit, nur weil wir sie nicht direkt ändern können?

Es liegt in unserer Verantwortung, Handlungsspielräume wieder zu erlangen, um gutes Gesellschaftliches miteinander zu organisieren und zu gewährleisten. Dazu gehören auch ausdrücklich sogenannte Freiwilligkeitsleistungen. Unsere gesamtpolitische Entwicklung zeigt, glaube ich deutlich, welche Gefahren drohen, wenn wir dieser Verantwortung nicht nachkommen.

Ist die Ablehnung des Haushaltes dafür der richtige Weg?

Wir werden es sehen. Dem Argument wir, verlieren durch die Ablehnung Handlungsspielraum im Jahr 2025, widerspreche ich deutlich. Den Handlungsspielraum haben wir de facto schon heute verloren.

Da unsere Fraktion den Haushalt ablehnen wird, beantragten wir zu Sitzungsbeginn, nach der Runde der Haushaltsreden und einer eventuellen Aussprache, nicht in die Abstimmung der Projektlisten einzusteigen, sondern direkt über den Haushaltsplan abzustimmen.

Wir betonen ausdrücklich, dass unser Vorgehen der Haushaltsablehnung nicht gegen die Verwaltung gerichtet ist. Vielmehr wünschen wir uns ein konstruktives Miteinander bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung. Wir begrüßen zum Beispiel ausdrücklich die Aktivitäten von Frau Bürgermeisterin Rist im Städtetag.

Trotz oder gerade wegen der aktuell schwierigen Situation möchte ich mich herzlich bei der gesamten Verwaltung und insbesondere bei Frau Schubert und Ihrem Team bedanken. Die Zusammenarbeit und Zuarbeit rund um den Haushalt mit unserer Fraktion ist und war wirklich hervorragend. Vielen Dank dafür!

Und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, bei diesem schwierigen Thema!